

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

ID 0186/2026 (FD)

Dringliche Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Wer wusste wann was? Kenntnisstand und Handeln des Regierungsrats im Fall soH (01.09.2026)

Die BDO AG wurde im Laufe der Jahre 2025 und 2026 mehrfach mit der Untersuchung personalrechtlicher und governancebezogener Vorgänge bei der Solothurner Spitäler AG (soH) beauftragt.

Aus dem Nachtragsauftrag vom 13. August 2025 geht hervor, dass BDO den Themenbereich des ehemaligen CEO vertieft untersuchen sollte. Gegenstand waren insbesondere die Gesamtvergütung, Funktions- und Marktwertzulagen, LEBO, Spesen, Gleitzeitauszahlungen sowie all-fällige Abgangsentschädigungen.

Im selben Mandat ist ausdrücklich festgehalten, dass BDO bis zum Regierungsratsseminar vom 26. August 2025 eine mündliche Vorinformation abgeben sollte.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Fand die gemäss Nachtragsauftrag vom 13. August 2025 vorgesehene mündliche Vorinformation durch BDO am Regierungsratsseminar vom 26. August 2025 statt? Falls ja: Welche konkreten Feststellungen und vorläufigen Erkenntnisse wurden präsentiert?
2. Welche Mitglieder des Regierungsrats nahmen an dieser Information teil?
3. Welche Mitglieder der Verwaltung beziehungsweise welche weiteren Personen waren anwesend?
4. Welche Erkenntnisse betreffend Funktionszulagen, Marktwertzulagen, LEBO, Spesen, Gleitzeitauszahlungen sowie die Beendigung des Arbeitsverhältnisses des ehemaligen CEO waren zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt?
5. Welche Hinweise auf mögliche Rechtsverletzungen, finanzielle Schäden, Governance-Mängel oder Aufsichtsdefizite wurden dem Regierungsrat damals mitgeteilt?
6. Welche Beschlüsse oder Massnahmen wurden aufgrund dieser Informationen unmittelbar oder in den darauffolgenden Wochen getroffen?
7. Falls keine unmittelbaren Massnahmen getroffen wurden: Weshalb nicht?
8. Wurden die Geschäftsprüfungskommission, die zuständigen Sachkommissionen oder andere parlamentarische Stellen über diese Erkenntnisse informiert? Falls nein: weshalb nicht?
9. Welche weiteren mündlichen oder schriftlichen Zwischeninformationen erhielt der Regierungsrat beziehungsweise einzelne Departemente von BDO zwischen Februar 2025 und der Veröffentlichung der Schlussberichte?
10. Zu welchen Zeitpunkten verfügten Regierungsrat, Departement des Innern, Finanzdepartement und Personalamt jeweils über wesentliche Erkenntnisse aus den Untersuchungen?
11. Wie beurteilt der Regierungsrat rückblickend die Frage, ob aufgrund des damaligen Kenntnisstands früher hätte gehandelt werden müssen?
12. Wurden Zwischenergebnisse der BDO der soH zur Kenntnis gebracht und/oder mit Vertreterinnen oder Vertretern der soH besprochen? Falls ja: wann, mit welchen Personen und mit welchem Inhalt? Welche Reaktionen beziehungsweise Stellungnahmen erfolgten seitens der soH?
13. Zwischen welchen Personen beziehungsweise Stellen fanden im Rahmen der Erarbeitung der BDO-Berichte Validierungen statt, welche Themen und Erkenntnisse waren Gegenstand dieser Validierungen und in welcher Form wurden deren Ergebnisse dokumentiert?

Begründung 01.09.2026: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Ritschard Stephanie; Kiefer Robin, Läng Adrian, Rohr Jennifer, Ruchti Werner,
von Arx Thomas, Wenger Thomas (7)